dann mag obige Behauptung gelten; jeder Unbefangene wird aber solches Verfahren für unzulässig erklären. Die Statistik des Unterrichtswesens in Ungarn liefert den Beweis dafür, daß das Deutschthum in Ungarn einer größeren Pflege theilhaftig ist, als in früheren Jahren. Früher wurde der Unterricht der deutschen Sprache als ganz nebensächlich betrachtet; der jetzige Unterrichtsminister, Graf Csaky, hat aber im Verordnungswege darüber geführt, daß der Unterricht der deutschen Sprache ebenso eingeführt ist, als der der ungarischen Staatssprache. Und die Zahl Derjenigen, die beim heutigen Unterrichtswesen die deutsche Sprache in Schrift und Wort erlernen, ist mindestens doppelt so groß, als vor zwanzig Jahren.

Journal-Revue.

Kurz und schlicht, und doch inhaltsschwer, so äußert sich die „Schlesische Zeitung" seien die Worte, mit welchen der Kaiser die lange und arbeitsreiche Landtagssession geschlossen habe, und in welchen er seiner hohen Befriedigung über die Resultate der legislatorischen Arbeiten des preußischen Parlaments Ausdruck gebe. „Freilich nahmen erst gegen Ende der Session die Arbeiten des Landtags einen hoffnungsreicheren Fortgang. Vor kaum einem Monate noch wurden allgemein ernste Zweifel an den schließlichen Erfolgen der Berathungen laut. Der hingebende Fleiß und die Ausdauer der Mehrheitsparteien, welche lieber auf die Erfüllung eines Theils ihrer berechtigten Wünsche verzichten, als das schließliche Resultat der Berathungen gefährden wollten, hat die schönen Früchte gezeitigt, deren der Kaiser in der Thronrede mit wohlthuender Wärme gedenkt. Der Dank, den dem Kaiser geäußerte Wunsch, daß der Werth der vom Landtage im Verein mit der Regierung in der abgelaufenen Session geleisteten treuen Arbeit und das Vertrauen in Seine landesväterlichen Absichten immer weitere Kreise durchdringen möge, wird sicherlich in Erfüllung gehen. Sind doch jetzt die Grundlagen gewonnen, auf welchen eine umfassende Reform des Steuerwesens fußen und von welchen eine entwickelungsfähige Neugestaltung des kommunalen Lebens in Preußen ausgehen kann. Das wichtigste Resultat der diesmaligen Landtagssession ist ein voller Sieg der persönlichen inneren und auswärtigen Politik des Kaisers. Dieser Sieg wird manche Besorgnisse beseitigen und das Vertrauen zu der Leitung unseres kaiserlichen Herrn und zu den Räthen seiner Krone immer mehr befestigen."

Die „Kölnische Volkszeitung" hebt den glatten Erfolg des Finanzministers hervor, giebt der Hoffnung Ausdruck, daß es Graf Zedlitz nicht gar zu eilig haben werde, bei Neubearbeitung des Gosler'schen Volksschulgesetzes auf möglichste Beschränkung der Ansprüche der Kirche bedacht zu sein, weist dann auf das interessante Schicksal der Landgemeindeordnung hin und sagt zum Schluß: „Der Kaiser soll jüngst seine Befriedigung darüber ausgesprochen haben, daß das Parteigängt nachgelassen habe. In der That ist es trotz mancher Kaltbalgereien, namentlich über die Getreidezölle, keineswegs mehr so arg, wie unter dem Fürsten Bismarck. Dafür hat sich aber auch anderseits keine feste, zusammenhaltende Parteigruppirung in der abgelaufenen Session herausgebildet. Die wichtigsten Einzelabstimmungen zeigten stets Spaltungen innerhalb aller Parteien. Als die Kartellbrüder von ehemals sich zwischen der zweiten und dritten Lesung der Landgemeindeordnung über einige strittige Punkte einigten, träumten einige sonderbare Schwärmer schon von der Genesung des alten Kartells. Der Aerger über das Zentrum erwies sich jedoch nicht mehr als haltbarer Kitt, und die „Kreuzzeitung" wies den Gedanken sofort weit von sich. Bei der weiteren Behandlung der Landgemeindeordnung, beim Sperrgesetzgesetz u. s. w. hielt von auch die Bruchstücken ehemaliger Liebe nicht lange vor. Zu Anfang der Session stellte die Regierung in Aussicht, daß außer den drei großen Reformvorlagen wenig Arbeitsstoff vorgelegt werden würde. Der Reformeifer hatte jedoch keine Ruhe, und so kam ein Gesetz nach dem anderen bis in die letzten Tage hinein, und der Landtag hat, wie die obigen Zahlen zeigen, seine Schuldigkeit gethan. Wenn Graf Hohenthal im Herrenhause bestritt, daß unter Bismarck eine Stagnation eingetreten sei, so möchten wir fragen: glaubt irgend ein Mensch, daß wir die großen Reformgesetze, die im Reichstag und Landtag im letzten Jahre geschaffen sind, hätten, falls Fürst Bismarck noch am Ruder wäre?"

Nachdem das Wildschadengesetz vom Herrenhause in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung unverändert angenommen ist, heißt sich der Deutschfreisinn, festzustellen, daß er trotz des nunmehr zur Thatsache gewordenen Wildschadengesetzes auf diesem Gebiete „unentwegt" weiter agitiren werde; er erklärt die in dem Gesetze vorgesehenen Bestimmungen für völlig unzureichend und will die ergiebige Materie weiter zur Verhetzung der kleinen Landwirthe gegen die Großgrundbesitzer verwerthen. Ob die Demokratie überhaupt auf ihre Kosten kommen wird? fragt die „Konservative Korrespondenz". „Wir zweifeln daran. Den Bauern ist die Menschenfreundlichkeit des Freisinns längst ebenso verdächtig, wie die der Sozialdemokraten, und gerade die kleinen Landwirthe werden zuerst aufmerksam machen, daß kein Partei im Reichs- oder Landtage so gegen die Interessen des Bauernstandes gewirkt hat, wie gerade der Deutschfreisinn, daß aber die konservative Fraktion, die angebliche Vertreterin des Großgrundbesitzes, insbesondere bei der Feststellung des Wildschadengesetzes nicht gezögert hat, zu Gunsten der kleineren Landwirthe mannigfache schwerwiegende Opfer zu bringen. Der Freisinn will das Wildbalten erschweren, zu unmöglich machen. Welchen Schaden er dabei der Gesammtheit zufügt, ist ihm gleichgiltig."

Das Verfahren im Bochumer Steuerprozeß wird von der „Kölnischen Zeitung" sehr abfällig kritisirt. Das Blatt führt aus „Nächtlicher Schiffbruch habe unsere Strafprozeß-Ordnung seit ihrer neuen zweckfördernden Gestaltung noch nie erlitten", als in diesem Prozesse. Möge auch, worüber alle Betheiligten und unbetheiligten Augen und Ohrenzeugen der stattgehabten Verhandlung einig seien, „ein gutes Theil der vorgekommenen Unzuträglichkeiten dem Umstande zuzuschreiben sein, daß der Vorsitzende des Gerichtshofes seiner, wie wir gern anerkennen, recht schwierigen Aufgabe nicht immer gewachsen war, so daß es vielfach den Eindruck machte, als ob die Leitung der Verhandlung den Händen des Vorsitzenden entglitten und in diejenigen der Angeklagten und seiner Vertheidiger übergegangen sei" — so sei diese Thatsache für sich allein noch nicht geeignet, alle in diesem Prozeß zu Tage getretenen „Abnormitätlichkeiten" zu erklären. Vielmehr sei ein erheblicher Theil der hervorgetretenen Mißstände auf die allerseits als reformbedürftig anerkannten Vorschriften der Strafprozeßordnung zurückzuführen. Drei Umstände hätten hauptsächlich ermöglicht, „eine vollständige Verdrehung der Sachlage, bei welcher der Angeklagte als Untersuchungsrichter, die Zeugen gewissermaßen als Angeklagte dastanden, bewerkstelligen". In erster Linie der Umstand, daß der Vorsitzende wie der Gerichtshof überhaupt die Beweisfrage (das thema probandum) zum Theil gänzlich verkannt habe. Soweit es sich um die Steuereinschätzungen handelte, werde den Mitgliedern der Einschätzungskommissionen der Vorwurf gemacht, sie hätten gegen besseres Wissen lediglich aus parteipolitischer und konfessioneller Voreingenommenheit ihre Partei- oder Glaubensgenossen zu niedrig eingeschätzt. Der Beweis der Wahrheit dieser Behauptung hätte nur dadurch erbracht werden können, daß festgestellt wurde, die Mitglieder der Einschätzungskommission hätten das wahre Einkommen all' jener Mitglieder und deren Konfession und Parteistellung gekannt und dieselben absichtlich hinsichtlich ihres Einkommens entsprechend nicht eingeschätzt. Dieser Beweis war in dieser Form nur durch die eidliche Vernehmung des Vorsitzenden und der Mitglieder der Einschätzungskommission zu führen". Statt dessen habe der Gerichtshof die irrige Ansicht gehabt, „durch eine materielle Nachprüfung der stattgehabten Einschätzungen ein selbstständiges Urtheil darüber gewinnen zu können, ob die Einschätzungskommission parteilich verfahren oder nicht". Dann sei ein erheblicher Mißbrauch mit dem den Betheiligten gemäß § 238 der Strafprozeßordnung unter Umständen zustehenden Fragerecht getrieben. Weiter seien die vorgekommenen Unzuträglichkeiten auf die Vorschriften der §§ 219, 244, 245 der Strafprozeßordnung zurückzuführen. „Darnach hat einerseits der Angeklagte das unbeschränkte Recht, beliebig viele Zeugen selbst zu laden; die geladenen Zeugen aber müssen vorerst vermuthen und abwarten, ob Verhandlung darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil das Beweismittel zu spät vorgebracht worden. Von diesen zum Schutz des Angeklagten gegebenen Vorschriften, welche selbstredend eine maßvolle Anwendung voraussetzen, ist nun im vorliegenden Falle in umfassender Weise Gebrauch gemacht worden, daß ein Schutz gegen Mißbrauch dieser dem Angeklagten eingeräumten Befugnisse durch zweckentsprechende gesetzgeberische Maßnahmen dringend geboten erscheint". Es läßt sich nicht verkennen, bemerkt hierzu die „Kölnische Volkszeitung", daß hier das Verfahren kritisirende Ausführung beachtenswerthe Gesichtspunkte enthält.

Eine Mahnung, sich aufzuraffen zu ernster Arbeit wird an die Konservativen im „Reichsboten" gerichtet: „Es genügt nicht", heißt es da, daß eine Partei nur ihre Fraktion im Parlamente arbeiten läßt und daß dann mit dem Schluß der letzteren Alles still bleibt und Nichts geschieht. Ueberdies kann man den Männern, welche sechs bis sieben Monate lang im Parlament gesessen haben, nicht zumuthen, daß sich noch die andere Hälfte des Jahres den öffentlichen Angelegenheiten zu widmen. Es ist deshalb durchaus nöthig, daß die Konservativen im Lande zu einer wirksamen Arbeitsentfaltung organisiren, aus der dann auch die Parlamentsfraktionen je und je mit neuem Blut verjüngt werden können. Nur dann ist es möglich, das Vertrauen des Volkes zu der konservativen Partei wieder zurückzugewinnen, wo es wankend geworden ist, und ihr einen neuen Aufschwung zu geben. Mit bloßer Beschwichtigung und Zurückhaltung reicht man nicht aus: man muß eine positive Arbeit entfalten, um die unaufhaltbare Weiterentwickelung unseres Volkslebens fortdauernd mit den gesunden konservativen Prinzipien zu durchdringen. Nur dadurch ist es möglich, zu verhüten, daß dasselbe den destruktiven Parteien anheimfällt. Und da ohne die Mitarbeit der konservativen Presse diese Aufgaben nicht erfüllt werden können, so wäre es nöthig, daß man sich auch die Verbreitung derselben wieder in höherem Maße angelegen sein ließe. Die Zeit rastet nicht: Thun wir Konservative nicht, was nöthig ist, so werden Andere an unsere Stelle treten — und diese Gefahr ist groß; deshalb bitten und mahnen wir die Konservativen im Lande: organisirt euch zu frischer kraftvoller Arbeit!"

Parteibewegung.

— Die Konservativen im Tilsiter Wahlkreise haben, nach der „Tilf. Ztg.", für die bevorstehende Reichstagsnachwahl den Gutsbesitzer Weiß-Parwalkischken aufgestellt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, den 24. Juni.

* Der Präsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. Koch ist in Dienstangelegenheiten nach Süddeutschland gereist.

* Der neu ernannte Regierungsassessor Voigt ist der königlichen Regierung zu Schleswig und der Regierungsassessor von der Marwitz, bisher zu Marienwerder, der königlichen Regierung zu Stettin überwiesen worden.

* Die Regierungsreferendare Friedrich aus Oppeln, Haarland aus Arnsberg, Kammerjunker Dr. jur. v. Behr aus Stettin, Biedewegs aus Hannover und von dem Knesebeck aus Erler haben am 22. d. M. die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

* Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für das Seewesen und für Handel und Verkehr, sowie der Ausschuß für Handel und Verkehr hielten gestern Sitzungen.

* In Nummer 145 des „R.-u. St.-Anz." wird eine Zusammenstellung der Betriebsergebnisse der Rübenzuckerfabriken, Zuckerraffinerieanund Melasse-Entzuckerungsanstalten des deutschen Zollgebiets im Monat Mai 1891, bezw. in der Zeit vom 1. August 1890 bis 31. Mai 1891 veröffentlicht.

— Die königliche Eisenbahndirektion zu Breslau ist mit der Anfertigung allgemeiner Vorarbeiten für schmalspurige Eisenbahnen: a) von Borsigwerk über Ludwigsglück und Concordiagrube nach Donnersmarckhütte, b) von der Brandenburgrube bei Ruda nach einem Punkte der nächstbelegenen Schmalspurbahn zwischen Godullahütte und Karf, c) von Poremba nach Gutehoffnung, d) von Schwientochlowitz über Bismarckhütte und Bahnschacht der Königsgrube nach Königshütte zum Anschluß an die dort vorhandene Schmalspurbahn, e) von Schwientochlowitz einerseits nach Falvahütte, andererseits über Chorzabgrube und Hallonhütte nach Mathabahütte bei Kattowitz zum Anschluß an die dort endende Schmalspurbahn und Abweigung von Kattowitz nach Kuniguudeweiche beauftragt worden.

— Die Nummer 14 der Gesetzsammlung enthält unter Nr. 9457 die Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden. Vom 8. Juni 1891.

— Die Nummer 15 der Gesetzsammlung enthält unter Nr. 9458 die Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Blankenheim, Düren, Montjoie, Gemünd, Euskirchen, Euskirchen, Gummersbach, Wipperfürth, Gummersbach, Lebach, Saarlouis, Tholey und Baumholder. Vom 9. Juni 1891.

Breslau, 22. Juni. Der siebzige Magistrat hat an die Stadtverordneten-Versammlung das Ersuchen gerichtet, sich mit ihm einverstanden zu erklären, daß mit der königlichen Regierung wegen Uebernahme des Nachtwachtvesens auf den Staat in Verhandlung getreten werde. Der Magistratsantrag erfreut, die von der Staatsregierung angebotene Uebernahme der gesammten Polizei (mit Ausschluß der Funktionen der Ortspolizei auf dem Gesetze vom 2. Juli 1875, betreffend die Veränderung von Straßen und Plätzen), der Gewerbe-, Markt-, Schul-, Feld-, Forst- und Jagdpolizei auf die Stadtgemeinde in eigener Verwaltung wünscht dagegen, daß die Gesundheitspolizei, deren Uebernahme in den städtischen Betrieb die Regierung gleichfalls angeboten hatte, bei der königlichen Polizeiverwaltung belassen und dafür die nicht mit angebotene Armenpolizei der Stadtgemeinde übertragen werde. Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung empfiehlt die Annahme dieses Antrages mit der Erweiterung, daß die Uebertragung auch der Gesundheitspolizei an die Stadtgemeinde angestrebt werde.

Schleusingen, 20. Juni. Verschiedene Gemeindevertretungen der Umgegend haben beschlossen, von jeder Person, männlich oder weiblich, die ein öffentliches Tanzvergnügen besucht, 10 ₰ für die Ortskasse zu erheben. Nach der „Kreuzztg." erscheint die zuständige Regierung fast immer die Bewilligung solcher von Dörfern gestellten Anträge.

Hannover, 22. Juni. Der am Jahrestag der Schlacht von Langensalza (27. Juni) übliche Umzug der Welfenpartei, der bei der diesjährigen 25. Wiederkehr besonders großartig geplant war, ist, der „Kreuzztg." zufolge, verboten worden.

Paderborn, 22. Juni. Die Bischofswahl findet nach Ankündigung des Domkapitels am 25. d. Mts. statt.

Schwerin, 22. Juni. Ueber das Befinden des Großherzogs hat, nach den „Mecklbg. Nachr.", der zugezogene Professor Gebhard erklärt, daß ein Fortschritt in Besserung eingetreten sei, als die Entzündung im Abnehmen begriffen ist. Jedoch ist große Ruhe unentbehrlich, weshalb das Verbleiben in Ruhe noch etwa auf 14 Tage ausgedehnt werden wird. Die Rückkehr Sr. königlichen Hoheit nach Mecklenburg steht, wenn kein Rückfall eintritt, spätestens in drei Wochen zu erwarten.

Ausland.

Großbritannien.

Aus London unter dem 22. Juni wird uns geschrieben:

„Allem Anscheine nach wird der große „Bus-Strike" noch sein Nachspiel finden, da die Behandlung der bei den Omnibusgesellschaften angestellten Personen seit Wiederaufnahme der Arbeit vielfach zu wünschen übrig läßt.

In seinem vom 11. d. M. datirten Briefe an den Lordmayor hatte der Vorsitzende der Londoner General-Omnibusgesellschaft in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise erklärt, die Gesellschaften hätten durchaus nicht die Absicht, irgend welche Angestellten zu entlassen, welche an dem Ausstand betheiligt waren. Diese Zusage ist jedoch anscheinend nicht gehalten worden. Unter dem Vorwand, daß die Einnahmen so geringe wären, wurden gestern Morgen 25 Mitglieder des Busleutegewerkvereins von der Londoner General-Omnibusgesellschaft entlassen. Nach einer Zeitsprache mit dem Generalsekretär begaben sie sich zum Lordmayor, um seine Intervention anzurufen. Dem an ihn gestellten Ansuchen entsprechend, richtete Herr Savory ein Schreiben an den Vorsitzenden der General-Omnibusgesellschaft, Pound, in welchem er darauf hinzuweisen, daß der Geist und Buchstabe des Abkommens gebrochen seien. Der Lordmayor empfing eine Antwort, in welcher es hieß, daß die Gesellschaft seine Mittheilung in Erwägung ziehen würde. Obwohl die Entlassungen angeblich wegen der geringen Einnahmen erfolgten, sind die Stellen doch sofort von Anderen ausgefüllt worden. Es heißt, daß zudem Listen unter den Kutschern und Schaffnern zirkuliren, in welchen sie sich zu 16stündiger Arbeit bei einem Lohn von 6 Sh. per Tag für den Kutscher und 6 Sh. für den Schaffner verpflichten sollen. Anderer wiederum haben ihre Entlassung angeblich wegen Unpünktlichkeit oder grausamer Behandlung der Pferde erhalten. Auf die Vorstellung des Lordmayors an den Vorsitzenden der General-Omnibusgesellschaft, daß sie bei der Wiederaufnahme der Arbeit, doch davon Abstand nehmen möge, ihre Angestellten für die in der Hitze und Uebereilung begangenen Handlungen büßen zu lassen, erwiderte Herr Pound, die Direktoren hielten es für angebracht, dem Gange des Gesetzes seinen Lauf zu lassen.

Da nunmehr der „Irische Feldbugsplan" wenigstens von seinem Organisator Parnell so gut wie aufgegeben ist, mag es gestattet sein, einige Zahlen zur Kenntniß des Publikums zu bringen, die ein an nähernder Bild von den geradezu ungeheuren Ausgaben herzustellen geeignet scheinen: Es waren für denselben 80 000 Lstr. in Irland, 30 000 Lstr. in Australien und 10 000 Lstr. in anderen Ländern, zusammen 120 000 Lstr., gesammelt worden. Davon wurden für Prozeßzwecke 47 000 Lstr., für Bangvieher in Nem-Tipperary 40 000 Lstr. und andere Zwecke 3000 Lstr., zusammen 90 000 Lstr. verausgabt. Eine Summe von 3000 Lstr. wird als „fehlend" aufgeführt und kann nicht verrechnet werden. Der Rest von 27 000 Lstr. ist an die Pächter gezahlt worden, indem jedoch mit dieser Summe von 300 Lstr. per Jahr, welche an den Inhaber einer bedeutenden Feldugsfarm" gezahlt worden ist, Finanziell ist der „Feldugsplan" also ein kostspieliger Mißerfolg gewesen.

Wie sehr Parnell übrigens seine bisherige Kampfweise geändert hat, bewies die Rede, welche er vor einigen Tagen in Carnmoadsy hielt. Er gab selben erklärte er, daß die irische Landkaufsbill sei eine Maßregel, die mehr als jede frühere dem Volk von Irland Nutzen bringen werde. Er glaube nicht, daß Gladstone, wenn er wieder zur Macht gelangte, die früheren Forderungen erfüllen würde, und Irland bliebe in Zukunft, wie in Vergangenheit, auf die Thätigkeit einer unabhängigen Nationalpartei angewiesen. Man sieht hieraus, daß er sich von den Liberalen Alt-Englands gänzlich losgagt, offenbar, weil ihn dieselben die Gesetzgebung seiner Privatvorschläge im Stiche ließen.

Im Anschluß an das vor einiger Zeit gebrachte Ergebniß der jüngsten Volkszählung Großbritanniens ist noch jenes für Schottland nachzutragen. Die Einwohnerzahl beträgt 4 033 103 Seelen, und zwar 1 951 461 männlichen, 2 081 642 weiblichen Geschlechts. Im Vergleich mit 1881 ergab sich eine Zunahme von 297 530 Seelen, oder 8 pCt. Glasgow hat 565 714 Einwohner (511 415 in 1881) und Edinburg 261 261 (234 402 in 1881). Auch das Resultat der letzten Volkszählung in den größeren Städten Australiens liegt inzwischen vor: Melbourne hat 489 185 Einwohner, Sydney 386 400, Adelaide 133 000 und Brisbane 55 959. In Prozenten ausgedrückt vermehrte sich die Bevölkerung Melbournes in der letzten Dekade um 130 pCt. und die Sydneys um ca. 70 pCt.

Der hundertjährige Geburtstag des großen englischen Gelehrten Michael Faraday wurde vorgestern in dem königlichen Institut in würdiger Weise begangen. Die ausgezeichnetsten Vertreter der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens hatten sich zu der Feier eingefunden, bei welcher der Sohn des Verst. Dr. John Tyndall's, des würdigen Mitarbeiters Faraday's, welcher durch sein körperliches Befinden ferngehalten wurde, schmerzliches Bedauern hervorrief. Lord Rayleigh hielt die Festrede über Faraday's Werk. Unter den Zuhörern befanden sich der Herzog von Wales, welcher bei der Feier den Vorsitz führte, „Ich bin stolz darauf", sagte Sr. königliche Hoheit, „daß mein Bruder und ich selbst in unserer Jugend die chemischen Vorlesungen besuchten. Wir waren zwar nur Knaben, aber wir wissen, daß wir die bewundrungswürdige und klare Darstellung Faraday's vergessen, durch welche er ein tiefes Interesse für die Chemie in uns hervorrief, ein Interesse, welches viele Jahre in mir fortwirkte und welches ich auf der Universität fortsetzte. Wenn ich heute hier stehe, so bedaure heute nur, daß mir die Zeit zum Studium dieser interessanten Wissenschaft fehlt".

Provinzial-Zeitung.

Pillau, 22. Juni. Für den weiteren Ausbau des neuen Königsberger Seekanals sind zwei größere Bugsirdampfer in Königsberg und Elbing bestellt worden. Der Bau selbst soll am Freitag durch den Regierungspräsidenten und das Vorstehermit der Kaufmannschaft besichtigt worden.

Rosenberg O.-S., 22. Juni. In Ulschütz ließ sich, wie oberschlesische Blätter berichten, ein junger Mann, der sich beim Heben „Schaden gethan" hatte, von einigen Frauen in eine Krautkoppe stecken, mit heißem Wasser von „neunerlei Kräutern" begießen, zum Ueberfluß gab man ihm noch drei heiße Steine mit ins Faß und schloß dieses mit wollenen Decken. Der Kranke verließ indessen das Faß nicht mehr lebend. Die gerichtliche Untersuchung gegen die Kräuterweiber ist eingeleitet worden.

Oppeln, 22. Juni. Die Thaten des Räuberhauptmanns Athanas haben auf den 14jährigen Sattlerlehrling Wilhelm Gramsch zu Rosdzin solchen Eindruck gemacht, daß er, wie der „Oberschl. Anz." erzählt, beschloß, in dessen Bande einzutreten. Zunächst unterschlug er einem Kaufmann, dem Uhrenmeister Berger in Rosdzin, 72,50 ℳ und fuhr nach Beuthen, um sich dort Dolch, Revolver und die nöthige Munition zu kaufen. In Oppeln wollte er die Ankunft des Orientzuges abwarten. Bei dem Ankauf einer Uhr wurde er von einem Polizeisergeanten bereits verdächtigt worden.

Koblenz, 22. Juni. Der erste Hauptgewinn der Wormser Dombau-Lotterie (75 000 ℳ) ist in eine hiesige Kollekte gefallen. Die Gewinnerin ist ein armes fünfzehnjähriges Mädchen aus Waldscheid (Kreis Saarbrücken). Das Mädchen hatte kürzlich in der Stettiner Pferdelotterie 4,50 ℳ gewonnen, wofür sie das Dombau-Loos sich beschaffte.

Bäder- und Reisezeitung.

Amrum. In unserem Badeorte sind die ersten Kurgäste, sowie ein Badearzt im Kurhause eingetroffen.

Aus Berlin.

* Die Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche wird die städtischen Behörden von Charlottenburg voraussichtlich nochmals beschäftigen. Der durch Gemeindebeschluß Ende Mai d. J. festgestellte Entwurf zur Regulirung des öffentlichen Platzes, auf dem die Kirche gebaut werden soll, hat, der „Ghart. Z." zufolge, die Billigung des Kaisers inforern nicht gefunden, als die in der Mitte des 15 Meter breiten nordsüdlichen Fahrdammes geplanten Pferdebahngeleise der Kirche zu nahe lägen, da der Fahrdamm sich unmittelbar an den die Kirche umgebenden Bürgersteig anschließt. Weil nun bei Durchführung dieses Entwurfs zwischen der äußeren Bordkante des nordöstlichen Fahrdammes und der Einfriedigung des Zoologischen Gartens ein Bürgersteig von 12—18 Meter Breite bleiben würde, so wünscht der Kaiser die Geleise der Pferdebahn möglichst nahe an den Zoologischen Garten heranzuführen, weil immer noch ein nordöstlicher Bürgersteig von mindestens 8 Meter Breite bleiben würde. Zur Besprechung hierüber hatte der Kultusminister v. Zedlitz im Auftrage des Kaisers am letzten Sonntag Vertreter der Polizei, der Stadt und der Stadtbahnbaukommission, die Spitzen des Baurath Schwechten an Ort und Stelle eingeladen, im Verlauf deren anerkannt wurde, daß verkehrspolizeiliche und sonstige örtliche Rücksichten dem Wunsche des Kaisers nicht entgegenstehen. Es wird aber eines nochmaligen Gemeindebeschlusses bedürfen wegen der etwaigen Mehrkosten, wie insbesondere wegen der Aenderung des ganzen Entwurfs.

1. Den Offizieren, die zur Zeit zur Schießschule nach Spandau kommandirt sind, wurde gestern Nachmittag die Berliner Feuerwehr in voller Thätigkeit vorgeführt. Um 4 Uhr fanden sich die Offiziere mit Oberstlieutenant Menges vom Generalstabe und Major König im Hauptdepot in der Lindenstraße ein, wo Branddirektor Stude mit dem Offizierkorps der Feuerwehr die Herren empfing und unschloß über Melde- und Löscheinrichtungen informirte. Alsdann führte der neunte Zug unter Brandinspektor Reinhardt Leiterübungen und Schulexercitien aus. Die Gäste besichtigten sodann die Hauptwache, alsdann erfolgte eine Alarmirung, die den 17. und 15. Zug nach dem großen Exercirhof, der angenommenen Brandstelle, führte. Unter Kommando des Brandmeisters Dransfeld wurde nunmehr ein großartiges Löschmanöver ausgeführt. Der 17. Zug breitete das große Sprungtuch aus, in dem die „gefährdeten" Personen, Strohpuppen, geworfen wurden. Mit vereinten Kräften gingen dann beide Züge dem Feuer zu Leibe. Während dieser Thätigkeit erfolgte eine wirkliche Alarmirung, die vom Melder in der Prenzlauerstraße aus bewirkt war, wohin sofort ein Zug unter Brandmeister Becker abrückte. Inzwischen hatte man auch ein Gerüstgerüst einen Holzstoß entzündet, an den der Dörr-Feuermann Zimmerling, mit dem Rauchanzug ausgerüstet, heranschritt, um die Schutzwirkung des Anzuges zu zeigen. Eine Besichtigung der verschiedenen Löscheinrichtungen schloß die Vorführung.

th Ueber die Zahl der Berliner Gemeindeschulen macht der Magistrat folgende Mittheilungen: Es bestehen zur Zeit 190 Gemeindeschulen mit zusammen 3198 Klassen. Diese 190 Schulen haben 3156 Klassenzimmer, von denen zur Zeit 68 nicht in Benutzung sind. Von den Klassenzimmern befinden sich 2891 in eigenen Schulhäusern und Gebäuden der Stadt und 265 in gemietheten Räumen. Die Gesammtfassungskraft der benutzten Klassenräume beträgt 189 465 Plätze, wovon 93 065 auf die Knaben und 96 400 auf Mädchen entfallen. Vorhanden sind 17 918 Plätze frei, so daß zur Zeit 175 187 Kinder die Gemeindeschulen besuchen.

* Die Blumenverkäufer und -Verkäuferinnen haben am Montag Abend in einer Versammlung die Gründung eines „Vereins ambulanter Straßen- und Lokal-Blumenhändler und -Händlerinnen Berlins" beschlossen. Die Aufnahmebedingungen haben 17. Lebensjahr überschritten haben, sich eines geschätzten guten Leumunds erfreuen und ehrlich sein, sowie Ehrenrechte besitzen. Eine weitere Verpflichtung besteht darin, das Publikum in höflicher Weise — ohne Aufdringlichkeit — mit nur guter frischer Waare zu reellen Preisen zu bedienen. Ertenntlich sollen die Mitglieder durch ein eingeführtes Abzeichen gemacht werden. Der Versuch des aus der sozialdemokratischen Kellnerbewegung her bekannten Herrn Ebert, diese Vereinigung in die „moderne Arbeiterbewegung" mit hineinzuziehen, mißlang, wie die „Post" berichtet.

* „Abgeschlagene Attacke" nennt sich eine neue Gruppe, die, seit einigen Tagen im Schaufenster von Castan's Panoptikum ausgestellt, durch ihren Humor allgemeinen Beifall findet. Die Gruppe stellt eine lustige Soldatenjagd aus der Zeit Friedrich d. Gr. vor. Mehrere Grenadiere haben ein hübsches Bauernmädchen, das ein Baby auf den Armen trägt, abgefaßt, und einer derselben versucht das Mädchen zu küssen. Aber die Schöne versteht den Angriff zurückzuweisen, und mit verschiedenartigem Ausdruck in den Mienen sind die anderen Grenadiere Zeugen, wie der Liebe Müh' vergeben ist. Die Gruppe verdient noch ein besonderes Interesse wegen der historischen Treue, die sich in den Kostümen kund giebt. Mehrere Grenadiere haben ein hübsches Uniformen der Soldaten — sie sind vom Grenadierregiment Nr. 20, Prinz Louis Ferdinand — sind bis auf die nägelbeschlagenen Kommißstiefel von absoluter historischer Korrektheit, und ebenso getreu ist die Kleidung des pommerschen Bauernmädchens, das in seinem Originalkostüm das dem Weiszacker, mit den vielen übereinanderangezogenen Röcken (etwa 11 Stück), ungemein charakteristisch erscheint.

* Die Direktion des Berliner Hypodrom ist bestrebt, ihren Marstall durch wertvolles Material zu ergänzen; beim heutigen sechsten Extra-Renntage werden wieder mehrere neue Jagdpferde und Steeplechaser am Start erscheinen. Heute kommen acht große Rennen, darunter ein Damen-Flachrennen, zum Austrag.

* Erhebliche Strikes dürften, nach der „Baugewerks Zeitung", in diesem Jahre nicht mehr stattfinden und könne man in dieser Beziehung einem ruhigen Baujahre entgegensehen. Ich bin die friedliche Entwickelung, trotz den unausgesetzten Anstrengungen der Agitatoren dem Zwiespalt zuzuschreiben ist, welcher unter den Führern ausgebrochen ist, oder ob die Bauarbeiter besseres Einsehen bekommen haben, möge dahin gestellt bleiben. Jedenfalls hätten die Fachvereine, Dank der unflugen Maßagitation des vorigen Jahres, stark an Ansehen unter den Arbeiter verloren.

rg. (Selbstmord.) In der Kraussenstraße wohnt der Gastwirth S., welchem seine Ehefrau aus ihrer früheren Ehe eine Tochter, die am 8. Mai 1871 geborene Therese Matlek, mitbrachte. Diese lernte in dem Geschäft ihres Stiefvaters den jungen Tapezierer R. kennen, und es bildete sich bald zwischen den Beiden ein Liebesverhältniß. Der Stiefvater wollte davon nichts wissen, weil R. nach zu Jung war und eben erst sein Verhältniß mit der Tochter eines Pörtners gelöst hatte. Als er nun seiner Stieftochter darüber ernste Vorhaltungen machte, verließ diese am 15. d. M. das Elternhaus. Am Sonntag ist sie in Charlottenburg als Leiche aus dem Wasser gezogen.

y. (Doppelselbstmord!) Seit dem 5. d. bewohnt in einem Hause der Mohrenstraße der am 4. Juli 1868 geborene Karl Hennig mit seiner angeblichen Frau, der Auguste Louise B., ein im vierten Stockwerk gelegenes, von den H.'schen Eheleuten abgemietetes Zimmer. Das Pa.r, welches sich schon seit längerer Zeit in Berlin aufhielt und vorher in einem Gasthof gewohnt hatte, lebte sehr zurückgezogen, anscheinend in schlechten pekuniären Verhältnissen. Am Montag Abend gegen 11 Uhr verließ Frau B. ihr Zimmer, kehrte jedoch schon nach kurzer Zeit mit einer Anzahl Flaschen Selterwasser zurück; eine halbe Stunde später wechte sie ihre inzwischen zur Ruhe gegangenen Wirtsleute und bat dieselben, schnell einen Arzt zu holen, da sie sich mit ihrem Gatten vergiftet habe. Als um 12 Uhr Dr. B. eischten, fand er den B. bereits tod auf dem Bette liegen, während die Frau sich in krampfhaften Zuckungen auf dem Boden wälzte. Auf dem Tische lag, neben einem an die Mutter der Selbstmörderin abresstirten Briefe, eine Düte mit Gift. Nachdem der Arzt der Frau Gegenmittel eingegeben, kam dieselbe wieder soweit zur Besinnung, daß sie mittheilen konnte, sie habe von denselben arsenhaltigen Pulver schon am Montag Mittag zu sich genommen, doch sei die Dosis wohl zu klein gewesen, da die Wirkung erst um 10 Uhr Abends zu verspüren war. Ferner theilte sie mit, daß sie mit H. nicht verheirathet sei, denselben in Kaiserslautern kennen gelernt habe und mit ihm nach Berlin gehoben sei, weitere Mittheilungen konnte sie, da sie inzwischen wieder ihre Besinnung verlor, nicht machen. Sie wurde dann nach der Charité gebracht, wo sie gestern Mittag gestorben ist; die Leiche des H. wurde nach dem Schauhause geschafft. Aus vorgefundenen Papieren in dem H.'schen Zimmer war zu entnehmen, daß der Selbstmörder gelernter Kaufmann ist; derselbe war mehrere Jahre in einem hiesigen Kolonialwaarengeschäft thätig gewesen, konditionirte dann in Königsberg i. P., wo er sich vor mehr als 3 Jahren verheirathete. Die Tochter einer Hausegentümerin, kennen lernte. Vermuthlich haben sich der Verbindung des Paares Hinderntisse entgegengestellt, welche dasselbe zu der Flucht nach Berlin veranlaßte, wo sich H. als Techniker vorteilhaft melden ließ. Wahrscheinlich hat ihm Liebesgunst das nöthige Geld ausgegangen, und da dasselbe keine Aussicht auf Erwerb hatte, ist es gemeinschaftlich in den Tod gegangen.

hr. (Sterblichkeits- und Gesundheitsverhältnisse). Gemäß den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamts sind in der Zeit vom 7. Juni bis 13. Juni cr. von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 17,0, in Breslau 29,0, in Königsberg 22,4, in Köln 20,7, in Frankfurt a. M. 15,5, in Wiesbaden 17,4, in Hannover 14,1, in Cassel 16,3, in Magdeburg 20,1, in Stettin 20,1, in Altona 17,5, in Straßburg 21,2, in Metz —, in München 27,2, in Nürnberg 22,1, in